

Bangladesch im Überblick

zusammengestellt von Benjamin Kühne

„Bangladesch im Überblick“ erscheint in Kooperation mit NETZ e.V., Wetzlar | www.bangladesch.org

Zeitungsverleger unter Druck

Mahfuz Anam, Chefherausgeber der größten englischsprachigen Tageszeitung in Bangladesch *The Daily Star*, steht unter massivem Druck. In insgesamt 83 Fällen wurde Anklage wegen Aufruhr und Aufwiegelung eingereicht. Der Herausgeber hatte am 3. Februar 2016 in einem Fernsehinterview kundgetan, seiner journalistischen Sorgfaltspflicht nicht angemessen nachgekommen zu sein, als er im Jahr 2007 Artikel veröffentlichte, ohne den Wahrheitsgehalt der Quellen zu verifizieren. *The Daily Star* – wie auch viele anderen Medien – hatte damals Berichte veröffentlicht, die die heutige Premierministerin Sheikh Hasina sowie die Führerin der *Bangladesh Nationalist Party* (BNP), Khaleda Zia, mit Korruptionsfällen in Verbindung brachten. Als Quelle diente der Militärgeschwehndienst. Der Wahrheitsgehalt dieser Beschuldigungen konnte weder bestätigt noch widerlegt werden. Anam bezeichnete sein damaliges Vorgehen im Rahmen des Fernsehinterviews als größten Fehler seiner journalistischen Laufbahn. Die Veröffentlichungen fielen in eine Zeit, in der eine militärgestützte Interimsregierung unter einer Notstandsgesetzgebung die Amtsgeschäfte in Bangladesch führte und im Rahmen einer Anti-Korruptionskampagne gegen führende Politiker und Wirtschaftsvertreter vorging. Mahfuz Anam wird nun vorgeworfen, mit seinen damaligen Veröffentlichungen zur Verhaftung von Sheikh Hasina beigetragen und so die Politik der Interimsregierung unterstützt zu haben, die vorsah, Sheikh Hasina und Khaleda Zia von politischen Aktivitäten in Bangladesch auszuschließen. Infolge der Anschuldigungen gegenüber Anam verweisen politische Beobachter und Menschenrechtsverteidiger darauf, dass es wichtig sei, als Journalist die Authentizität von Quellen zu verifizieren. Inakzeptabel und völlig unverhältnismäßig sei allerdings das Vorgehen gegen ihn. Dass durch seine Artikel aus dem Jahr 2007 eine Grundlage geschaffen wurde, Hasina verhaften zu können, dass in den Artikeln der Einfluss des Militärs auf das politische Tagesgeschäft gutgeheißen und unterstützt wurde und sich die Zeitung gegen eine Rückkehr zur Demokratie ausgesprochen habe, sei schlicht falsch. Vielmehr würde das Eingeständnis Anams nun für politische Zwecke ausgeschlachtet. Die beiden Zeitungen waren bereits in den vergangenen Jahren nach Veröffentlichungen, die der Regierung nicht genehm waren, wiederholt öffentlichen Diskreditierungs- und

Boykottkampagnen durch führende Politiker ausgesetzt. Nationale und internationale Menschenrechtsorganisationen sowie Journalistenverbände im In- und Ausland interpretieren das Vorgehen gegen Anam als weiteren Schritt, die Pressefreiheit in Bangladesch einzuschränken und fordern die sofortige Aufhebung aller Klagen.

Viele Verkehrstote

Im Jahr 2015 sind in Bangladesch mindestens 8.642 Menschen bei Verkehrsunfällen gestorben, knapp 22.000 wurden verletzt. Das gab die *Bangladesh Passengers Welfare Association* am 10. Januar 2016 bekannt. Dem Bericht der Organisation zufolge sind auf Bangladeschs Straßen mindestens 300.000 Fahrzeuge unterwegs, die nicht verkehrssicher sind, und eine weitere Million nicht zugelassene, selbstgebaute dreirädrige Vehikel. Diese unsicheren Fahrzeuge sind laut dem Bericht hauptsächlich für die im Vergleich zum geringen Verkehrsaufkommen extrem hohe Zahl an Verkehrsunfällen verantwortlich. Weitere Gründe sind riskante Überholmanöver, Fahren mit überhöhter Geschwindigkeit, Mängel beim Straßenbau, Fahren mit Kopfhörern und Fahren unter Drogeneinfluss.

Besorgniserregende Bilanz: Zahlreiche Morde an Zivilisten

In Bangladesch hat es in den vergangenen Wochen weitere Morde an zivilgesellschaftlichen Akteuren gegeben: Am 7. April 2016 wurde der religionskritische Blogger Nazimuddin Samad in Dhaka erschossen. Am 23. April töteten Angreifer den Englischprofessor an der Universität von Rajshahi, Prof. Rezaul Karim Siddique. Zwei Tage später wurden der Herausgeber des ersten LGBT-Magazins für alternative sexuelle Identitäten in Bangladesch, Xulhaz Mannan und dessen Freund Tonoy Mahbub in Mannans Wohnung in Dhaka ermordet. Am 14. Mai starb der buddhistische Mönch Yu Gaijya bei einem Angriff im südöstlichen Bandarban. Laut Polizei wurden mittlerweile die mutmaßlichen Mörder von Xulhaz Mannan, Tonoy Mahbub und Prof. Rezaul Karim Siddique festgenommen. Eine unabhängige Bestätigung dafür gibt es zum Zeitpunkt der Veröffentlichung noch nicht. Die Bilanz der Gewalttaten in den vergangenen 14 Monaten ist besorgniserregend: Insgesamt wurden bei Angriffen mi-

litanter Gruppen mindestens 35 Menschen getötet und 129 verletzt. Unter den Opfern waren Angehörige religiöser Minderheiten, Online-Aktivist*innen, Blogger und bekennende Atheisten. Viele dieser Morde fanden in der Öffentlichkeit statt. Der sogenannte „Islamische Staat“ (IS) hat für 15 dieser Morde die Verantwortung übernommen, der bengalische Al-Qaida-Ableger „Al-Qaida auf dem Indischen Subkontinent“ (AQIS) bekennt sich zu acht Taten. Mittlerweile sind viele Blogger außer Landes geflohen. Viele von denen, die geblieben sind, betreiben aus Angst Selbstzensur.

Cyber-Bankraub

Kriminelle Hacker haben am 4. Februar 2016 laut übereinstimmenden Medienberichten aus Bangladesch 81 Millionen US-Dollar von einem Konto der Zentralbank des Landes, der *Bangladesh Bank*, bei der US-Notenbank gestohlen. Das Geld wurde mit gefälschten Zahlungsanweisungen auf mehrere Konten bei der philippinischen *Rizal Commercial Banking Corporation* (RCBC) überwiesen. Die *Bangladesh Bank* unterhält das Konto bei der US-Notenbank, um Kredite für Entwicklungsprojekte zurückzuzahlen. Die Täter hatten laut Medienberichten eine Schadsoftware auf den Computern der *Bangladesh Bank* installiert und damit sensible Daten und Informationen über die Vorgehensweise der Bank bei internationalen Transaktionen ausgespäht. Das ermöglichte ihnen, die Überweisungen zu fälschen. Die *Bangladesh Bank* verdächtigt chinesische Hacker, für die Tat verantwortlich zu sein. Die Ermittlungen dauern derzeit noch an. Der Direktor der *Bangladesh Bank*, Atiur Rahman, ist nach starker Kritik an der Aufarbeitung des Zwischenfalls Mitte März zurückgetreten. Sein Nachfolger Fazle Kabir trat sein neues Amt am 20. März an.

Kommunalwahlen

Die Regierungspartei *Awami League* ist als stärkste Kraft aus den am 30. Dezember 2015 durchgeführten Kommunalwahlen in Bangladesch hervorgegangen. Gewählt wurde in 234 Stadtbezirken. Die Partei der Regierungschefin Sheikh Hasina stellt seitdem in 176 Städten und Stadtbezirken den Bürgermeister. Die *Bangladesh Nationalist Party* (BNP) konnte die Abstimmung in 22 Stadtbezirken für sich entscheiden. Politiker der *Awami League* bezeichneten die Wahlen als weitgehend fair und frei, während Vertreter der BNP dies bestritten und dabei auf die mangelnde Unabhängigkeit der Wahlkommission sowie auf Einschüchterungsversuche gegen die Kandidaten verwiesen.

Frachter havariert

Nach der Havarie eines Kohlefrachters in der Sundarbans-Region vor der Südküste Bangladeschs befürchteten Umweltschützer eine massive Umweltverschmutzung. Nach Medieninformationen ist der Frachter *Sea Horse* am 19. März 2016 auf dem Shela-Fluss gesunken. Der leitende Forstschutzbeamte der Region, Saidul Islam, gab an, dass die Ursache eine Kollision mit nicht geborgenen Überresten eines zuvor gesunkenen Frachters in dem Fluss gewesen sei. Weiter heißt es, dass an Bord mehr als 1000 Tonnen Kohle und Tausende Liter Treibstoff gewesen seien.

Modeunternehmen: Falsches Öko-Image

Am 24. April 2016 jährte sich der Einsturz des Fabrikgebäudes Rana Plaza bereits zum dritten Mal. Trotz strengerer Richtlinien und Versprechungen zur Verbesserung von Sicherheitsstandards weisen noch immer etwa 55 Prozent der Textilfabriken in Bangladesch enorme Mängel auf. Laut Gerd Müller, Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, habe sich seit der Katastrophe jedoch viel getan. Vor allem seien die Gebäudesicherheit und der Brandschutz verstärkt worden. Eine Herausforderung bleibe jedoch die Einhaltung von Arbeitsrechten und Mindestlöhnen im Textilsektor. Laut FEMNET haben sich die Arbeitsbedingungen in der Bekleidungsindustrie allerdings kaum verbessert. Viele Modeunternehmen übernehmen weiterhin keine Verantwortung. Sie nutzen PR-Methoden, die darauf zielen, in der Öffentlichkeit ein umweltfreundliches und sozialverträgliches Image zu kreieren, hinter dem jedoch in vielen Fällen nichts weiter als Marketingstrategien stecken. So auch H&M: Am 3. Mai 2016 beteiligte sich FEMNET deshalb an einem globalen Aktionstag gegen die unverantwortlichen Produktionsbedingungen in Textilfabriken und protestierte in Bonn vor einer H&M-Filiale. Dabei machten die Demonstrant*innen auf das in ihren Augen trügerische Image des schwedischen Modekonzerns aufmerksam. Durch Aktionen wie die *World Recycle Week*, in der Kunden ihre alte Kleidung zum Recyclen abgeben können, und die *Conscious Collection*, die laut der H&M-Webseite „gut für die Menschen, unsere Erde und Ihren Geldbeutel“ sein soll, würde das Modeunternehmen greenwashing betreiben und so ein ökologisch und sozial nachhaltiges Image vortäuschen. In Wirklichkeit hört man immer wieder von besorgniserregenden Arbeitsbedingungen in H&Ms Produktionsstätten. Erst im Februar 2016 wurde von einem Brand in einer Textilfabrik in Gazipur berichtet, bei dem einige Menschen verletzt wurden – zu den Auftraggebern gehörte H&M.